

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pobn d

Inhalt

Alfred Emmerlich MdB, Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, beschreibt, wie die Rechtskoalition die Reformpolitik gefährdet: Die SPD zeigt die Alternativen. Seite 1

Horst Gobrecht MdB schildert die Gerechtigkeits-Scheingefechte der Kohl/Genscher-Regierung: Auch beim Spitzensteuersatz belastet die Regierung den sozialen Frieden. Seite 4

Alwin Steinke stellt fest, daß auf der Bonner Bühne für Lambsdorff nicht mal eine Nebenrolle geblieben ist: Wintertheater. Seite 5

Robert Antretter MdB fordert die Gemeinderäte auf, sich nicht den Mund verbieten zu lassen: Über Atomwaffen-Standorte diskutieren. Seite 6

Walter Haack berichtet, wie die CDU den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen verschob: Weder christlich noch politisch verantwortlich. Seite 7

Dokumentation

Erhard Eppler auf dem Berliner SPD-Landesparteitag: Umweltschutz ist kein Spleen gelangweilter Mittelständler. (Teil III und Schluß). Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 248

30. Dezember 1982

Die SPD zeigt die Alternativen

Die Rechtskoalition gefährdet die Reformpolitik

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB
Rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die rechts- und innenpolitischen Reformen sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen haben mehr Gerechtigkeit geschaffen, die Freiheitlichkeit unserer staatlichen Ordnung erweitert. Der liberale Rechtsstaat hat Bürgern gleichermaßen Schutz und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben.

Die Ergebnisse der bisherigen Reformpolitik sind durch die Rechtskoalition akut gefährdet. CDU und CSU haben die Reformpolitik jahrelang heftig und uneinsichtig bekämpft. Bereits jetzt wird am Abbau rechtsstaatlicher Errungenschaften gearbeitet.

Am deutlichsten wird dies im Bereich des Demonstrationsrechts. Das Recht auf Teilnahme an einer öffentlichen Demonstration hat Verfassungsrang. CDU und CSU fordern einschneidende Vorschriften, mit denen Demonstranten auch dann bestraft werden sollen, wenn sie keine Gewalttätigkeiten begangen haben. In Baden-Württemberg können schon jetzt friedliche Demonstranten mit Gebühren belegt werden. Beides ist geeignet, Bürger, die öffentlich ihre Meinung kundtun wollen, zu entmutigen und einzuschüchtern.

Hier wird ein Rückfall in die fünfziger Jahre angestrebt, der zu einer zusätzlichen Polarisierung führt. Die Ergebnisse nach der Nürnberger Massenverhaftung bestätigen unsere Haltung.

Wo das geltende Recht unter voller Ausschöpfung seiner Möglichkeiten angewandt wird, reicht es aus, Gewaltanwendung bei der öffentlichen Austragung von Meinungsverschiedenheiten wirksam entgegenzutreten.

Fernläufiger Versand
mit normaler Reichweite
Kingsize-Papier



Wir werden als Sozialdemokraten für eine allgemeine Stärkung des Bewußtseins eintreten, daß Gewalttätigkeiten im Umgang der Menschen miteinander schlechthin verwerflich ist. Dies gilt im privaten Bereich, wenn es um die Fürsorge für mißhandelte Frauen geht. Dies gilt im öffentlichen Bereich insbesondere gegenüber der besonders gefährlichen Gewalttätigkeit des politisch motivierten Terrorismus von rechts und von links. Sozialdemokraten haben die Gefährlichkeit auch rechtsextremistischer Gewalttäter niemals unterschätzt und verharmlost.

Gerade im Jahre 1983, in dem sich zum 50. Male die Machtergreifung durch die Nazis jährt, werden wir mit Nachdruck gegen die unerträgliche Kränkung des Rechtsbewußtseins vorgehen, wenn neonazistische Agitationskriminalität unzureichend oder gar nicht geahndet wird. Wir werden unseren Gesetzentwurf für ein Strafrechtsänderungsgesetz weiter verfolgen, der unter anderem auch das öffentliche Leugnen des Völkermordes an Juden unter Strafe stellt. Wir werden weiter energisch dafür eintreten, daß - spät aber nicht zu spät - die "Urteile des Volksgerichtshofs" für von Anfang an nichtig erklärt werden. Bei dieser Institution handelte es sich nicht um ein Gericht, sondern um ein Mittel politischen Terrors zur Unterdrückung, Verfolgung, Ausschaltung und Vernichtung der Gegner der Hitler-Diktatur. Wir erwarten, daß die demokratischen Parteien 50 Jahre nach Errichtung des Nazistaates eine souveräne Entscheidung ohne kleinkarierte parteipolitische Auseinandersetzung treffen werden.

Das allgemeine Rechtsbewußtsein wird auch dort empfindlich belastet, wo durch Wirtschaftskriminalität Schäden in Milliardenhöhe meist zu Lasten weniger begüterter und weniger gewandter Bürger, aber auch der Allgemeinheit angerichtet werden. Es gilt, über das bisher von sozialdemokratischen Justizministern Erreichte und Vorgelegte hinaus insbesondere einen Straftatbestand gegen den Ausschreibungsbetrug und zur Bekämpfung des modernen Sklavenhandels zu schaffen, der heute vornehm "illegale Arbeitnehmerüberlassung" genannt wird. Wir streben auch an, daß Wirtschaftskriminalität schon in ihren Ansätzen verhindert wird. So wollen wir den Mißbrauch von Steuervorteilen durch Abschreibungsgesellschaften, der hohe Steuerausfälle für nicht förderungswürdige Vorhaben verursacht, unterbinden. Wir werden auch die notwendigen Vorkehrungen dagegen treffen, daß dem Staat weiterhin durch Steuerhinterziehung bei Kapitaleinkünften - insbesondere bei hohen und höchsten Zinseinkommen - Milliarden an dringend benötigten Mitteln verloren gehen.

Schutz des liberalen Rechtsstaates heißt auch, Eingriffe des Staates abzubauen, wo sie nicht erforderlich sind oder zu weit gehen. Mit den Gesetzentwürfen zur Lockerung der Kontaktsperrre und zur Regelung der V-Mann-Problematik hat die SPD erste Schritte in die Wege geleitet. Die Strafvorschrift des Paragraphen 129 a Strafgesetzbuch wird zu überprüfen sein. Die Rechtsprechung hat zum Beispiel das Werben für eine terroristische Vereinigung sehr weit ausgelegt, was zusätzlich dadurch bedenklich wird, daß - etwa für das Verteilen von Flugblättern - Untersuchungshaft ohne Fluchtgefahr und ohne Verdunkelungsgefahr angeordnet werden kann.

Die Belastung der Gerichte gefährdet in einigen Bereichen einen effektiven Rechtsschutz. Korrekturen beim Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahrensrecht sind erforderlich. Dabei dürfen jedoch nicht prozessuale Grundrechte der Betroffenen eingeschränkt werden. Wir werden an vorliegende Entwürfe unseres bisherigen Justizministers Jürgen Schmude anknüpfen.

Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Rechtspolitik bleibt die Ausgestaltung des zivilrechtlichen Verbraucherschutzes. Dies gilt insbesondere für die Übervorteilung des Verbrauchers durch Haustürgeschäfte und die Ausnutzung wirtschaftlicher



Schwierigkeiten durch Kredithaie. Das Wettbewerbsrecht und das Maklerrecht muß im Sinne der von Hans-Jochen Vogel und Jürgen Schmude vorgelegten Gesetzentwürfe reformiert werden. Die Produkthaftung ist gesetzlich zu verankern. Wer durch Arbeitslosigkeit und Krankheit in Schwierigkeiten bei Abzahlungen gerät, bedarf besonderen gesetzlichen Schutzes.

Das soziale Mietrecht ist von besonderer Bedeutung gerade

- in Zeiten schwacher Bautätigkeit
- bei durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit verursachten vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mieter
- bei Wohnraummangel in Ballungsgebieten.

Erste Aufgabe sozialdemokratischer Rechtspolitik muß es hier sein, die Beschneidung der Rechte der Mieter und die gesetzliche Aufforderung zu Mieterhöhungen rückgängig zu machen, die die Rechtskoalition in den letzten Wochen dieses Jahres durch das Parlament gepeitscht hat. Selbst CDU und CSU-regierte Städte wie Berlin und München konnten der Wende im Mietrecht nicht zustimmen, weil sie aus ihrer Erfahrung wissen, daß ein bisher nicht gekanntes Ausmaß von Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen und damit verbundene Spekulationen bevorstehen. Die Mieter müssen vor Umwandlungen, Luxusmodernisierungen und anderen Arten der Verdrängung aus ihrem Lebensraum gesetzlich geschützt werden.

Das Konkursrecht muß dringend so verändert werden, daß Forderungen von betroffenen Arbeitnehmern aus Sozialplänen im Konkurs bevorzugt werden. Ein Gesetzentwurf der SPD liegt hierzu bereits vor. Längerfristig muß das Konkursrecht gewährleisten, daß unnötige Firmenzusammenbrüche und die damit verbundene Zerstörung von Arbeitsplätzen verhindert wird.

Von dem von Sozialdemokraten geschaffenen Ehe- und Familienrecht darf nichts zurückgenommen werden. Das Scheidungsverfahren ist ehrlicher und nicht entwürdigend, die Scheidungsfolgen sind gerechter, insbesondere ist die früher übliche einseitige Benachteiligung der Frauen beseitigt. Mit einer Rückkehr zur gerichtlichen Schulduntersuchung unter dem Vorwand angeblichen Scheidungsunrechts würde ein schwerer Mangel des früheren Rechtszustandes erneuert. Dieser drohende Schaden für die Gleichberechtigung der Frau muß unter allen Umständen verhindert werden.

Die Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch hat einen jahrzehntelangen leidvollen Kampf abgeschlossen. Sie trägt den Erfahrungen mit Not und Unglück in zahllosen Einzelfällen Rechnung. Erst das neue Recht läßt bei der stets notwendigen Abwägung die angemessene Berücksichtigung der Belange der betroffenen Frau durch ihre eigene Entscheidung zu. Jede Aushöhlung, gerade auch bei den sozialen Begleitvorschriften, würde das erschweren und Frauen erneut in die Gefahr bringen, sich fremder Entscheidung beugen zu müssen oder in die Illegalität zurückgestoßen zu werden. Am 6. März 1983 müssen diese Vorhaben der CDU/CSU - insbesondere ihres Innenministers Zimmermann - verhindert werden. Sie verschlechtern auch den Schutz des werdenden Lebens, den sie angeblich verbessern wollen.

Die Neuregelung der Juristenausbildung hat schon deswegen höchste Priorität, weil ein Nichtstun automatisch die Rückkehr zu einer unstreitig überholten Art der Ausbildung von Juristen führte. Die gegenwärtige Probephase läuft 1984 aus. Die herkömmliche Ausbildung berücksichtigt nicht die neue Stellung des Juristen in Demokratie und Rechtsstaat. Er wird über die soziale Wirklichkeit und den sozialen Wandel sowie über die Einordnung seiner Wissenschaft in die Gesamtheit der Sozialwissenschaften weitgehend im unklaren gelassen. Auch hier wird die SPD an einen noch unter ihrem Justizminister Schmude erarbeiteten Gesetzentwurf anknüpfen können. (-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +



Scheingefechte

Auch beim Spitzensteuersatz belastet die Regierung den sozialen Frieden

Von Horst Gobrecht MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Langsam beginnt es auch Mitgliedern der Bundesregierung Kohl/Genscher/Zimmermann zu dämmern, daß die Lastenverteilung der Spargesetze im Zusammenhang mit dem Bundeshaushalt 1983 einseitig die "Kleinen Leute" betrifft und daß die Großverdiener völlig ungeschoren bleiben. Anders sind die erneuten Diskussionen in der CDU/CSU/FDP-Koalition über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer und bei der Körperschaftsteuer nicht zu verstehen.

Diese Diskussion über einen höheren Spitzensteuersatz erscheint mir jedoch als ein Scheingefecht, das ausgehen wird wie das "Hornberger Schießen": Auch schon bei der Zwangsanleihe (Investitionshilfeabgabe) hatte die Rechtskoalition in den Koalitionsgesprächen zunächst vereinbart, diese Abgabe für zwei Jahre zu erheben und sie sodann zurückzuzahlen. Sogleich anschließend gab es Forderungen der Sozialausschüsse der CDU/CSU, daß diese Zwangsanleihe aus Gerechtigkeitsgründen definitiv einbehalten und folglich nicht zurückgezahlt werden dürfe. Am Ende setzte sich jedoch der Wirtschaftsflügel wie üblich durch und es blieb bei der Rückzahlbarkeit der Zwangsanleihe, die jeder halbwegs kluge Selbständige natürlich vermeiden kann.

Auch die jetzige Diskussion über eine mögliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist nichts als ein Täuschungs- und Ablenkungsmanöver, mit dem dem Bürger vorgegaukelt wird, auch CDU/CSU/FDP dächten über eine Gerechtigkeitskomponente nach. Am Ende wird es ausgehen wie schon bei der Zwangsanleihe: CSU und FDP und der Wirtschaftsflügel der CDU werden jede Heranziehung der Besserverdienenden verhindern, wie sie es schon mit Erfolg auch bei der Ablehnung der Ergänzungsabgabe und einer mäßigen Kappung des einkommensteuerlichen Ehegattensplittings getan haben. Niemand sollte sich etwas vormachen: Es wird bei dieser Regierung bei der Belastung des sozialen Friedens bleiben.

Sollte sich die Übergangsregierung tatsächlich eines besseren besinnen: Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird jeden konkreten Vorschlag, der einer sozialen Ausgewogenheit dient, unvoreingenommen prüfen; das gilt insbesondere für eine mögliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Unverändert hält die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion in der gegenwärtigen Lage eine Ergänzungsabgabe zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für die sozial- und wirtschaftspolitisch angemessenste Lösung.

(-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +



Bonner Wintertheater

Für Lambsdorff bleibt nicht einmal eine Nebenrolle

Von Alwin Steinke

Sprecher der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das Wintertheater der Rechtskoalition Kohl/Zimmermann läuft auf vollen Touren. Die Stallwachen in den Ministerien und Parteizentralen veröffentlichen auf vielen vorproduzierten Seiten statt Politik täglich neue Ankündigungen. Mit Jahresschlußbilanzen und Feiertagsartikeln wird versucht, die Konzeptionslosigkeit der neuen Bundesregierung zu vertuschen. Daß dies alles nicht einmal abgestimmt und koordiniert ist, wird am Schaulaufen zur "Steuererhöhung bei Großverdienern" deutlich. Die CDU hat wohl gemerkt, daß die Sparbeschlüsse der vergangenen Wochen einseitig die weniger Verdienenden in unserem Lande belasten, eine Vernebelungsaktion mußte in Gang gesetzt werden. Dies geschieht, wie in vielen anderen Fällen, durch teilweise private Meinungsäußerungen von Unionspolitikern. So wurden die Bemerkungen von Verteidigungsminister Wörner zur Wehrsteuer als privat bezeichnet, und die CDU erklärt nun, sie habe über eine Anhebung der Steuer für Großverdiener nichts beschlossen. Aber Herr Blüm darf eine Änderung als "nicht tabu" bezeichnen - was immer dies auch heißen mag -, und natürlich erhebt die Münchner CSU ihre warnende Stimme. Übrigens: Wo ist eigentlich der Wirtschaftsminister der Koalition? Offensichtlich hat man in dieser Theateraufführung für den Charakterdarsteller Lambsdorff und seine FDP schon nicht mehr die Notwendigkeit einer kleinen Nebenrolle gesehen.

Diese Komödie zur Wählertäuschung ist schon schlimm genug, zynisch und unaufrichtig wird es im zweiten Akt. Während Spitzenpolitiker der Union einen fairen Wahlkampf proklamieren, haben die Generalsekretäre ihre leichtfertige und zerstörerische Ver-teufelungskampagne schon lange begonnen. Hier wird nur noch auf den politischen Gegner eingedroschen und versucht, durch die demagogische Wortwahl vom "Betrug", von der "Täuschung", der "Erblast" oder der "Lüge" die angekündigten "wesentlich härteren Konturen" des Wahlkampfes vorzubereiten. Die Propagandasprache ähnelt in erschrecken-der Weise der eines Zeitabschnitts jüngster deutscher Geschichte, an den wir im Januar 1983 in erschütternder Weise erinnert werden. Nicht die sozialliberale Koalition der vergangenen 13 Jahre hat das "blühende Gemeinwesen Bundesrepublik Deutsch-land" zerstört; jeder weiß, daß dies schlichtweg Unsinn ist. Das "Generalsekretärs-niveau" der CDU/CSU in den letzten Tagen läßt hier jedoch Schlimmes befürchten.

Und die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande sollen für dumm verkauft werden und die Zeche bezahlen. Die Propagandaanzeigen der letzten Tage informieren eben nicht über die Belastungen, die im neuen Jahr oder nach dem 6. März auf die Menschen zukom-men. Diese Vertuschung und Täuschung ist unehrlich und ein Skandal. Sie wird sich gegen ihre Urheber richten.
(-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +



Über Atomwaffen-Standorte diskutieren

Die Gemeinderäte sollen sich nicht den Mund verbieten lassen

Von Robert Antretter

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ich empfehle den Bürgermeistern und Gemeinderäten des Landes, den Regierungspräsidenten zu widersprechen, wenn sie ihnen verbieten wollen, über die Gefährdung der Gemeinden und Städte zu diskutieren, in denen Atomwaffen gelagert werden sollen. Was ist das eigentlich für ein Demokratieverständnis, wenn ein eingesetzter Beamter gewählten Gemeinderäten vorschreiben können soll, worüber sie diskutieren dürfen und worüber nicht? Ich habe Verständnis für jene Kommunalpolitiker, die einem solchen Verbot zuwiderhandeln.

Was heißt hier typisch Überörtliche Aufgabe, wie es der baden-württembergische Regierungspräsident Bulling formuliert hat, wenn es um die Sorgen und Ängste unserer Mitbürger geht? Exakt darum hat sich der Gemeinderat als gewählte Vertretung der Bürger zu kümmern. Die Bürgerschaft kann erwarten, daß sie in der Frage der Gefährdung durch Raketen nicht einen Gemeinderat hat, der zu allem Ja und Amen sagt.

Ich frage mich als Abgeordneter, zu dessen Wahlkreis der Pershing-Standort Schwäbisch-Gmünd gehört, was unseren Mitbürgern im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschuß eigentlich noch alles zugemutet werden darf. Da werden Raketenfahrzeuge sorglos gewartet. Da ist nicht sichergestellt, ob die Soldaten qualifiziert genug für den Umgang mit konventionellen Waffen sind, wer gibt uns da eigentlich die Gewähr, daß im Umgang mit den eigentlichen Atomsprengköpfen nicht genau die gleiche Schlampererei herrscht und damit die Bevölkerung unseres Landes schon in Friedenszeiten höchsten Gefahren ausgesetzt ist?

In der Bundesrepublik Deutschland werden die Raketenstandorte geheimgehalten, die in Amerika auf offenem Markt gehandelt werden. Da wird von einem amerikanischen Verteidigungsminister über die Begrenzbarkeit eines Krieges auf Europa philosophiert. Und da widerspricht in der Bundesregierung der Staatsminister im Auswärtigen dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Verteidigungsminister in der Frage der Geheimhaltung der Standorte. Wer will sich da eigentlich noch wundern, wenn die Bürger verdrossen werden und resignierend feststellen, "die machen ja doch, was sie wollen" und der Hinweis auf fehlende Souveränität unserer Bundesrepublik zur Unzeit und unnötig hochgespielt wird.

Die Gemeinderäte in unserem Land wissen genau, daß sie nicht darüber zu entscheiden haben, was in ihren Gemeinden und Städten an militärischen Einrichtungen stationiert oder nicht stationiert wird. Es ist aber wichtig, daß diejenigen, die tatsächlich darüber zu entscheiden haben, wissen, wie Bürgerschaft und Gemeinderäte über Atombomben und Atomraketen in unserem Lande denken. Deshalb muß in den kommunalen Gremien darüber diskutiert werden dürfen.
(-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +



Weder christlich noch politisch verantwortbar

Wie die CDU den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen verschob

Von Walter Haack

Vizepräsident des Bundes der Mitteldeutschen

Der evangelische Pfarrer und Präsident des Bundes der Mitteldeutschen (BMD) Manfred Schmidt (Wuppertal) gehörte von Januar 1975 bis 1980 als CDU-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an.

Bei der Wahl 1980 "vergaßen" die Christen im Rheinland ihn - politisch und konfessionell -, auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen sicher aufzustellen.

Bei der Ende 1982 vorgenommenen Kandidatenaufstellung für die vorgesehene Bundestagswahl am 6. März 1983 ergaben sich Kuriositäten, die weder christlich noch politisch zu verantworten sind:

Obwohl in Wuppertal zwei Wahlkreise bestehen, stellte die CDU im vorwiegend evangelischen Wahlkreis, in dem Manfred Schmidt wohnt, ausgerechnet den streng katholischen Herbert Hupka auf, weil dies die Spitze der CDU im Rheinland und - so vermutet man - auch die Parteizentrale in Bonn so wollte.

Dazu kommt, daß der Bundesvorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Herbert Hupka geradezu verpflichtet gewesen wäre, seinen "Mitstreiter" als Vertreter der Flüchtlinge, Manfred Schmidt, einen sicheren Wahlkreis beziehungsweise Listenplatz zu verschaffen. Aber der Egoismus ging mit Hupka durch, genau wie zehn Jahre zuvor, als er von der SPD zur CDU wechselte, um am Ball zu bleiben. Aus all diesen Gründen unterlag deshalb Manfred Schmidt - wenn auch nur knapp - auf dem Wahlparteitag in Wuppertal gegen Herbert Hupka.

Da Schmidt führend im evangelischen Arbeitskreis und in der CDA (christlich demokratische Arbeitnehmerschaft) Rheinland tätig ist, seit 1946 Mitglied der CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone ist und dort tätig war, versuchten diese Repräsentanten, ihn nun wenigstens auf der Landesliste Nordrhein-Westfalen abzusichern. Überdies wandte sich nach einem einstimmigen Beschluß das Präsidium des Bundes der Mitteldeutschen in einem scharfen Brief an den Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Helmut Kohl. Die Antwort steht bis jetzt aus. Aber Manfred Schmidt rangiert auf der neuen Landesliste "unter fernem Liefen" aussichtslos auf Platz 51, da nach den bisherigen Bundestagswahlen nur bis zum Listenplatz 40 eine Chance besteht, ins Hohe Haus am Rhein einzuziehen.

Alle Mitteldeutschen sind empört über diese Haltung der CDU, zumal gerade diese Partei immer davon redet, das Band der deutschen Nation aufrechtzuerhalten und noch mehr Menschlichkeit zwischen Deutschen hüben und drüben durchzusetzen; aber zwischen Reden und Handeln besteht ein gewaltiger Unterschied: Die CDU läßt Manfred Schmidt (53) als Repräsentanten aller Mitteldeutschen im Stich und "wie eine heiße Kartoffel fallen", während man 1983 die Führungskräfte des Bund der Vertriebenen sicher wiedersehen wird (Dr.'s Czaja (68), Hupka (67), Hennig, Wittmann und andere). (-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD hat das SPD-Vorstandsmitglied, Erhard Eppler, am Monatsanfang ein Grundsatzreferat gehalten, dessen Tonband-Mitschrift jetzt vorliegt. Wir öffentlichen den Text auszugsweise in drei Teilen. (Teil III und Schluß)

Umweltschutz ist kein Spielzeug gelangweilter Mittelständler

Schließlich meine vierte Bemerkung dazu ist: Wer in dieser Gesellschaft zu früh die Systemfrage stellt, der produziert nur Resignation. Wer den Deutschen die Frage stellt, ob sie lieber Revolution oder Resignation haben, der bekommt immer die Resignation. Das soll nicht heißen, daß wir über die Instrumente nicht reden können. Aber, wie war denn das in der Diskussion über die Investitionslenkung, ausgelöst vom Orientierungsrahmen '85? Da wurde genau gesagt, wie wir Investitionen lenken wollen. Darüber haben wir dann innerhalb der Partei und versuchsweise auch außerhalb diskutiert. Aber wir haben nicht gesagt, welche Investitionen wir lenken wollen, warum wir sie lenken wollen, wohin wir sie lenken wollen, nach welchen Kriterien wir sie lenken wollen, zu welchem Zweck wir sie lenken wollen, nach welchem Ziel, und wir haben auch nicht gesagt, was die Menschen davon haben, wenn wir diese Investitionen lenken. Das wollten die nämlich wissen. Sie wollen wissen, was für sie dabei herauskommt, wenn wir etwas tun. Erst wenn man weiß, was man will, sollte man über die Instrumente reden, um das durchzusetzen, was man will. Es hat keinen Sinn, über Instrumente zu reden, ehe man weiß, was man will. Dieselben Leute in unserer Partei, die lange Reden gehalten haben über Investitionslenkung, haben in dem Augenblick, als die größte Investitionslenkung überhaupt zur Debatte stand, nämlich ob wir in die Atomtechnologie hineingehen sollen oder in einen anderen Weg, eine ganz schlechte technokratische Antwort gegeben, das heißt, sie haben die Instrumente, die sie hatten, um unsere Gesellschaft durch Investitionslenkung zu gestalten, schlicht gar nicht benutzt.

Das ist eben nicht sehr glaubwürdig, nach Instrumenten zu schreien, ohne zu wissen, was man mit diesen Instrumenten letztlich will. Die Holländer haben das geschickter gemacht. Sie haben gesagt, wir wollen selektives Wachstum. Wir wollen, daß das wächst, was uns nützt, unserer Lebensqualität dient. Wir wollen kein Wachstum, wo es nicht nützt, und dafür brauchen wir Instrumente, die gibt es schon. Wenn die nicht ausreichen, dann beginnt Investitionslenkung mit neuen Instrumenten. Das haben die Niederländer verstanden, während unsere Diskussion über den Orientierungsrahmen im Grunde außerhalb unserer Partei niemand verstanden hat, außer den Redakteuren der Wirtschaftsteile unserer großen Zeitungen, die eben gesagt haben, guckt doch mal her, die verstehen erstens nichts von Wirtschaft, zweitens wollen sie uns zugrunderichten und übrigens sind sie hoffnungslose Theoretiker.

Unsere Partei wird nur wieder zur führenden Kraft, wenn die Menschen spüren, daß wir in ihrem Interesse etwas wollen, daß wir uns Gedanken darüber machen, wie wir miteinander leben wollen, wenn wir dann nicht taktieren und schielen. Richard Löwenthal hat an einem Punkt völlig recht, wenn er nämlich sagt - na ja, wir beschleichen uns ja auch in der Grundwertekommission, da lernt einer etwas vom anderen -, eine Partei, wie die sozialdemokratische, darf nicht taktieren, sie darf nicht schielen nach irgendwelchen Gruppen, die sie einfangen will, sie muß Politik machen, die richtige. Nur, wenn das richtig ist, dann würde ich fragen: Warum haben wir 1972 den größten Erfolg unserer Geschichte in einer Wahl errungen? Einmal, weil in dieses Jahr Oberhausen fällt und damit das Bündnis zwischen organisierter Arbeiterschaft und den besorgten Gruppen, die es damals schon gab, deutlich wurde und zweitens, weil damals Schlüsselbegriffe prall vollgefüllt waren, und zwar der Begriff der Reformen und der Begriff des Friedens. Wir werden nur wieder Wahlerfolge haben, wenn jeder auf der Straße exakt sagen kann, erstens, was sozialdemokratische Reformpolitik ist, ich möchte im Augenblick nicht danach fragen, und zweitens, was sozialdemokratische Friedenspolitik ist, und zwar im Gegensatz zu dem, was etwa der Herr Kohl oder der Herr Strauß will.

Nun ist es heute nicht unsere Aufgabe, über das Thema Friedenspolitik zu reden. Ich habe versucht, deutlich zu machen, wie kompliziert es ist, da eine Kurve zu bekommen. Ich bin nicht unbedingt daran schuldig, daß wir diese Kurve jetzt nehmen müssen. Mir geht es jetzt um den Begriff der Reformen.



Die Art, wie bei uns der Reformbegriff verkommen ist, heruntergekommen ist im Laufe der letzten zehn Jahre, die hat mich immer zutiefst deprimiert. Immer mehr Genossen waren der Meinung, Reform das ist das Ausgeben von viel Geld zu guten Zwecken. Die waren ja auch gut. Von den Kriegsoffern bis zum BAFÖG waren die Zwecke ja meistens auch gut. Aber daraus kam dann die Folgerung, wenn man wenig Geld hat, macht man wenig Reformen und wenn man kein Geld hat, dann macht man keine Reformen, also macht man auch keine. Die Reformen der 80er und 90er Jahre, die vor uns stehen, die müssen nicht Geld kosten, die müssen die öffentlichen Haushalte und auch die Sozialhaushalte eher entlasten als belasten, wenn man realistische Reformpolitik machen will. Aber eben das halte ich für möglich. Man braucht dazu kein Geld, man braucht dazu Macht, man braucht dazu Konfliktbereitschaft, man braucht dazu einen Konsens möglichst vieler Bürger und man braucht dazu den Mut, seine Macht auch einzusetzen. Beispiel: Es wäre möglich, 80 Prozent dieser Bevölkerung für eine andere Agrarpolitik zu gewinnen, wenn man dies wollte. Aber dann muß man den Kampf mit dem Bauernverband und Teilen der chemischen Industrie auf sich nehmen, wenn man das will.

Es geht besser und billiger: Gesundheitswesen, Energie, Verkehr, Bundeswehr

Es ist in diesem Land ein Gesundheitswesen möglich, das erstens effektiver ist und zweitens billiger ist. Darüber könnte ich wahrscheinlich einen ganzen Tag mit Euch sprechen. Aber dazu muß man dann den Konflikt aufnehmen mit den Ärzteverbänden und der pharmazeutischen Industrie.

Es ist eine Energiepolitik möglich, die nicht nur viel weniger Geld kostet, sondern auch die Umwelt weniger belastet. Aber die muß man dann durchsetzen gegen einige Energieversorgungsunternehmen und einige Elektrokonzerne.

Es ist eine Verkehrspolitik möglich, die ökonomisch und ökologisch sinnvoller ist - in Eurem Antrag steht das ja alles -, aber die muß man dann zum Beispiel gegen das Güterfernverkehrsgewerbe durchsetzen.

Und - ich sage das nur als Merkposten - es ist sogar ein anderes Sicherheitssystem, eine andere Bundeswehr, auch noch möglich, die möglicherweise auf die Dauer weniger Geld kostet.

Ich behaupte nun nicht, daß wir diese Reformen, falls wir regieren und alle miteinander, anpacken müssen. Das muß man alle zwei Jahre und jedesmal etwas anderes, auf die Hörner nehmen. Aber man muß es auf die Hörner nehmen. Wer diesen Konflikten ausweicht, der kann nur noch verwalten, eben solange, bis er nicht mehr verwalten kann.

Macht, so wie Sozialdemokraten Macht haben können, entsteht immer aus sozialen Bündnissen. Die Macht 1972 entstand aus dem festen Bündnis der organisierten Arbeiterschaft mit dem ganzen linksliberalen, kirchlichen und anderen Schichten, die einen Aufbruch wollten und die Frieden wollten. Wenn wir wieder Macht haben wollen, gestalten wollen, dann brauchen wir neue Bündnisse. Wir brauchen ein Bündnis der klassischen Arbeiterbewegung, ein Bündnis mit den neuen sozialen Bewegungen, übrigens nicht nur der Ökologie- und Friedensbewegung, sondern auch der Frauenbewegung. Das haben wir nämlich auch ein Stückweit verschlafen. Wenn wir das wollen, dieses Bündnis, das uns wieder zur entscheidenden Kraft in den 80er Jahren macht, dann hilft uns nicht, wenn wir uns untereinander mit diesem Gesellschaftsspiel beschäftigen, wie verhalten wir uns zu den Grünen, sondern hilft das nur, wenn wir eine Politik formulieren, die der Betriebsrat bei Bosch oder bei Hoesch genauso einsichtig findet, wie die Hausfrau in der Friedensbewegung oder die Lehrerin in einer ökologischen Bürgerinitiative.

Dies ist schwierig, aber dies ist möglich. Der Versuch jedenfalls wird uns nicht erspart bleiben, denn ohne diesen Versuch wird es in diesem Jahrhundert keine Mehrheit links von der Union mehr geben.
(-/30.12.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

